

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Aquino-Prozess beginnt am 1. Februar

(AP) Das Hauptverfahren um die Ermordung des philippinischen Oppositionsführers Benigno Aquino und seines angeblichen Mörders Rolando Galman wird am 1. Februar in Manila eröffnet. Diesen Termin setzte am Freitag der zuständige Richter Manuel Pamaran fest. Angeklagt sind 25 Militärs und ein Zivilist, darunter auch Generalstabschef General Fabian Ver, der als enger Vertrauter von Staatschef Ferdinand Marcos gilt.

Grönlands EG-Austritt perfekt

(AP) - Der Austritt Grönlands aus der europäischen Gemeinschaft tritt am 1. Februar offiziell in Kraft. Das gab der dänische Ausserminister Uffe Ellemann-Jensen in Kopenhagen bekannt. Das Ausserministerium Italiens, das gegenwärtig den EG-Ratsvorsitz führt, habe mitgeteilt, dass alle Formalitäten abgeschlossen seien und die Ratifikationsurkunden aus allen zehn EG-Staaten vorlägen.

Die Bevölkerung Grönlands, das im dänischen Staatsverband Autonomie geniesst, hatte sich im Jahre 1982 in einer Abstimmung mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der Gemeinschaft entschieden.

Neue Abrüstungsgespräche am 5. März?

Die neuen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion werden möglicherweise am 5. März beginnen.

Drei Tote bei Zugunglück

(AP) Bei einem Zugunglück im Bereich des Zlatibor-Gebirges rund 130 südwestlich von Belgrad sind nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tanjug am Freitag drei Menschen ums Leben gekommen und 28 weitere verletzt worden. Ursache des Unglücks sei eine Schlammlawine gewesen, die die Gleise verschüttet habe und in die der Zug auf dem Weg zur Küstenstadt Bar hineingefahren sei.

Erdbeben in Izmir

(AP) Ein Erdbeben hat nach einer Meldung der Anatolischen Nachrichtenagentur am Freitagmorgen die Einwohner der türkischen Küstenstadt Izmir in Schrecken versetzt.

Ski-WM in Bormio:

Ihre Favoriten

Grosser VOLKSBLATT-Wettbewerb

Welches sind Ihre Medaillen-Favoriten für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Bormio (31. Januar bis 10. Februar)? Nach dem grossartigen Erfolg beim Olympia-Wettbewerb 1984 (rund 600 Einsendungen!) hat sich die VOLKSBLATT-Sportredaktion dazu entschlossen, auch bei der WM für unsere Leser einen Wettbewerb durchzuführen. Als Sponsor hat sich das Sporthaus Eberle, Vaduz (Inhaber: Otto Steuble), zur Verfügung gestellt. Preise im Gesamtwert von 2000 Franken stehen bereit: 1 komplette Skiausstattung, 1 Damen- oder Herrenskibekleidung, 1 Langlaufausrüstung sowie Bücher und Sportpullis. Sie brauchen lediglich den Talon (Sie finden diesen auf der Sportseite der heutigen Ausgabe) ausschneiden und an uns senden. Die grössten Gewinnchancen haben natürlich diejenigen, die am meisten Medaillenränge richtig erraten. Pro Person nur eine Einsendung möglich. Einsendeschluss: 31. Januar (Poststempel). Viel Glück!

Gedankenaustausch über Energie- und Verkehrsfragen

Am kommenden Montag und Dienstag weilt Bundesrat Leon Schlumpf auf Besuch in unserem Land



Bundesrat Leon Schlumpf wird am kommenden Montag und Dienstag unserem Land einen offiziellen Besuch abstatten. Unser Archivbild zeigt den aus Graubünden stammenden Bundesrat (stehend) bei seiner Tischrede anlässlich des Besuchs S.D. Fürst Franz Josef II. und I.D. Fürstin Gina im vergangenen Herbst in Bern. Leon Schlumpf, der im letzten Jahr das Amt des Bundespräsidenten innehatte, unterstrich dabei die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein.

Der auf den kommenden Montag und Dienstag anberaumte Besuch des Vorstehers des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, Bundesrat Leon Schlumpf, wird wieder einmal die Gelegenheit geben, auf die problemlosen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein hinzuweisen. Im vergangenen Jahr, als Bundesrat Schlumpf das hohe Amt des Bundespräsidenten innehatte, gab er sich anlässlich des offiziellen Besuchs S. D. Fürst Franz Josef II. und I. D. Fürstin Gina sowie Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt als grosszügiger Gastgeber, der im besonderen immer wieder auf das gute Einvernehmen der beiden Staaten hinwies.

Wenn er nun als Besucher in unserem Land mit den Mitgliedern der Regierung zusammentritt, um gemeinsam interessie-

rende Fragen in der bekannt freundschaftlichen Art zu besprechen, so werden die Schwerpunkte der Gesprächsthemen zweifellos in jenen Bereichen liegen, die mit seinem Departement zusammenhängen. Als Gesprächspartner für die beide Länder berührenden Themen wird ihm vor allem Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt gegenüberstehen, der in unserer Regierung die Ressorts Energie, Verkehr und Wirtschaft führt. Auf Einladung von Bundesrat Leon Schlumpf nimmt Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt seit einigen Jahren regelmässig an der jährlichen Konferenz der schweizerischen Energiedirektoren der Kantone teil. Damit ist der Zugang zu den wichtigsten Informationen in den Bereichen Verkehr und Energie gewährleistet, die in zunehmendem Masse für die Entscheidungen auf dem Sektor des Umweltschutzes an Bedeutung gewinnen.

Zu den Gesprächsthemen mit derzeit besonderer Aktualität gehört zweifellos das Projekt der Rheinkraftwerke. Die Kompetenz der Konzessionserteilung liegt schweizerischerseits beim Bundesrat, auf der liechtensteinischen Seite bei der Regierung. Da es sich beim Projekt Rheinkraftwerke um ein Gemeinschaftswerk zweier Staaten handelt, wird voraussichtlich ein Staatsvertrag über den Umfang der Zusammenarbeit abgeschlossen. Über den Inhalt und vielleicht auch über die Notwendigkeit einer derartigen Vereinbarung wird sich voraussichtlich das Gespräch zwischen Schlumpf und Ospelt drehen.

Ein weiteres Thema, das im Vordergrund des Meinungsaustausches stehen könnte, sind die schweizerischen Abgaben für die Benützung der Autobahnen und den Schwerverkehr. Die Modalitäten über die Einhebung dieser Abgaben wur-

Für UNO-Beitritt und engere EG-Zusammenarbeit

Schweiz soll vermehrt europäische Dimensionen betrachten

Bern (AP) Die Schweiz soll auch im innenpolitischen Bereich gewisse Probleme vermehrt in europäischen Dimensionen betrachten. Dies fordert die Europa-Union Schweiz in einem neuen Aktionsprogramm, das der Presse am Freitag in Bern vorgestellt wurde. Das Schwerpunkt-Programm für die schweizerische

Europapolitik in den 80er Jahren befürwortet auch eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und einen Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO).

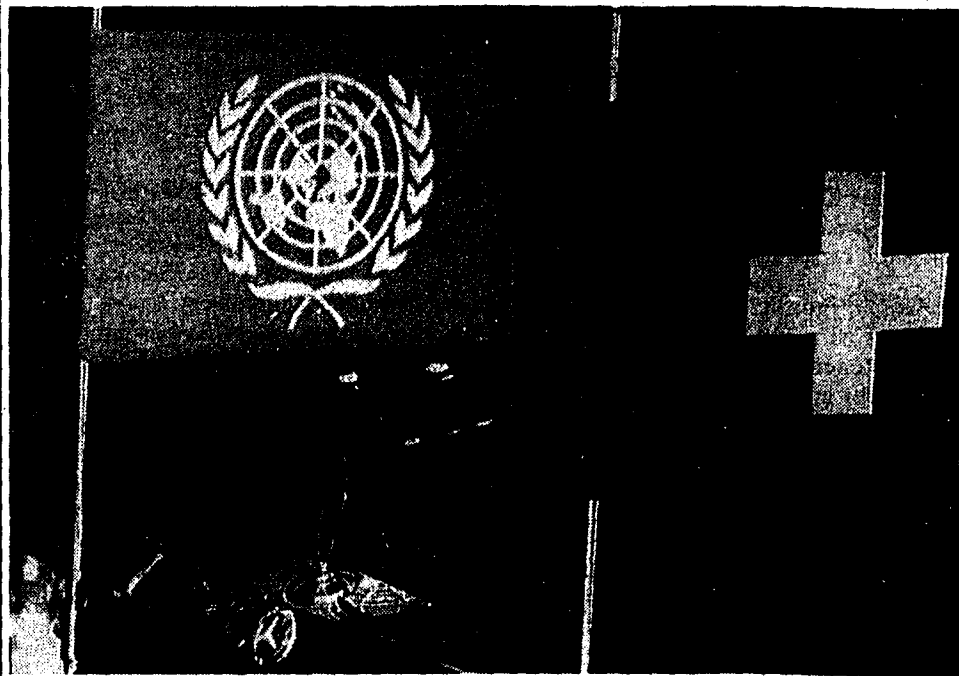
Für die bessere Berücksichtigung der europäischen Dimension in der Innenpolitik macht die Europa-Union Vorschläge

für die Bereiche Umweltschutz, Verkehr, Ausländerpolitik, Sozialpolitik und Gesetzgebung. Um zu vermeiden, dass notwendige ökologische Massnahmen den Freihandel beeinträchtigen, müssten beispielsweise im Zusammenhang mit dem Umweltschutz rechtzeitig Absprachen mit den Nachbarländern und den zuständigen europäischen Organisationen getroffen werden.

Das gleiche gelte auch für die Verkehrspolitik. Die im Zusammenhang mit der Autobahn-Vignette und der Schwerverkehrsabgabe entstandenen «Zerwürfnisse» mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) hätten vermieden oder zumindest abgeschwächt werden können. Dazu wäre aber eine rechtzeitige Konsultation und Information notwendig gewesen.

Engere Zusammenarbeit mit der EG

Die Europa-Union befürwortet im weitem eine immer engere Zusammenarbeit mit der EG, sei es bilateral oder über die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Frühzeitige und regelmässige Konsultationen sollen Interessengegensätze rechtzeitig aufdecken, und ein Schiedsgericht soll Konflikte regeln. Die Europa-Union fordert auch eine engere Zusammenarbeit und bessere Koordination zwischen der EG und dem Europarat. Die Europa-Union will sich schliesslich aktiv für den Beitritt zu den Vereinten Nationen UNO einsetzen.



Das Schweizer Volk wird voraussichtlich im März 1986 über einen Beitritt der Schweiz zur UNO abstimmen. Ob die UNO-Standarte dann neben der Schweizer Flagge auf den Diplomatenkarossen zum Alltagsbild gehören wird, werden Volk und Stände entscheiden. (Bild: Ky)

Medizinische Versorgung

Probleme, Fragen und Wünsche

Treffpunkt am Sonntag vormittag 10.00 Uhr im Spital Vaduz

Wie mehrfach angekündigt, findet morgen Sonntag, den 27. Januar um 10 Uhr eine kurze Besichtigung des Spitals Vaduz mit anschliessender Diskussion über die medizinische Versorgung in unserem Lande statt. Ihre Teilnahme als Gesprächspartner dieser weiteren Informationsveranstaltung der FRAUEN IN DER FBP haben u. a. die Herren Dr. med. Robert Wohlwend, Dr. med. Dieter Walch und Spitalverwalter Walter Marxer zugesagt.

Die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich um 10 Uhr in der Eingangshalle des Spitals. Im Anschluss an den Rundgang ist im Restaurant Linde Gelegenheit zum Gespräch geboten. Die Veranstaltung dauert etwa bis zur Mittagsstunde.

den bereits am Ende des letzten Jahres zwischen der Schweiz und Liechtenstein geregelt, doch dürfte genügend Gesprächsstoff über die bisherigen Erfahrungen mit diesen Sondersteuern vorhanden sein.

Ein für unser Land sehr wichtiger Themenbereich stellt auch der PTT-Sektor dar. Den neuen Technologien, die das Bild der herkömmlichen Fernmeldetechnik völlig verändern, will die Schweiz mit einem neuen Fernmeldegesetz Rechnung tragen. Ausserdem liegt bereits ein Bundesentwurf für ein neues Radio- und Fernsehgesetz vor. Mit dem Satellitenfernsehen ergeben sich weitere Konsequenzen, denen sich der Gesetzgeber stellen hat. Für Bundesrat Leon Schlumpf und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt ergeben sich also auch in dem Gebiete der PTT-Zusammenarbeit genügend Gesprächsthemen. Nicht abgeschlossen sind auch die Verhandlungen zwischen unserem Land und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) über die Zahlung von Abonnementsgebühren.

Doch trotz dieser Fülle von möglichen Gesprächsthemen gibt es, wie gerade auch beim Besuch in Bern vom vergangenen Herbst versichert wurde, zwischen der Schweiz und Liechtenstein keinerlei Probleme. Das Klima der gegenseitigen Beziehungen, so wird zweifellos im Anschluss an den Besuch von Bundesrat Schlumpf zu vernehmen sein, ist vom Gedanken der freundschaftlichen Nachbarschaft getragen. Die Zusammenarbeit, so wird jeweils bei offiziellen Kontakten unterstrichen, funktioniert nicht nur auf höchster Ebene, sondern ebenso auf der Ebene der Beamten - zum Teil auf höchst unbürokratische Art und Weise. (G.M.)

Der Spaziergänger

Mit der heutigen Ausgabe präsentiert das VOLKSBLATT eine neue Rubrik, die in mehr oder weniger regelmässigen Abständen das aktuelle Geschehen im Lande aus der Sicht eines Spaziergängers kommentiert. Der Spaziergänger, der landauf und landab unterwegs ist, möchte auf heitere und ernsthafte Dinge hinweisen, die er gesehen, gehört oder gelesen hat.

